

An den
Ersten Vorsitzenden des Verbandes der
Bundesbeamten des höheren Dienstes e.V.
Herrn Dr. Bernhard Schneider
Fritschestraße 77
10585 Berlin

26. August 2009

Sehr geehrter Herr Dr. Schneider,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Juli 2009. Ihre Fragen zur Zukunft der Bundesverwaltung beantworte ich gerne.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge. Dafür brauchen wir ein modernes Berufsbeamten-tum. Einer weiteren Privatisierung öffentlicher Aufgaben stehe ich skeptisch gegenüber und lehne sie für die Justiz ab. Die gegenwärtige ökonomische Krise hat gezeigt, dass wir einen starken und leistungsfähigen Staat brauchen, um rasch und entschlossen handeln zu können.

Deshalb bin ich mit Ihnen der Auffassung, dass es sich bei Personal- und Organisationsfragen um wichtige Themen handelt. Die Belange der Beschäftigten sind mir ein ganz besonderes Anliegen.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir mit der Dienstrechtsreform einen entscheidenden Baustein zur Modernisierung der Bundesverwaltung geschaffen. Viele der auch von Ihnen angesprochenen Fragestellungen sind dort aufgegriffen und entscheidend vorangetrieben worden. Dies gilt für die Stärkung des Leistungsprinzips durch die neue Besoldungsstruktur ebenso wie für umfassende Änderungen im Laufbahnrecht, die erfahrenen Kräften aus der Wirtschaft den Quereinstieg in die Bundesverwaltung erleichtern.

Um die Flexibilität und Mobilität von Beamtinnen und Beamten weiter zu fördern, setze ich mich für die Möglichkeit der Mitnahme von Versorgungsansprüchen ein. So wird der Personalaustausch zwischen öffentlicher Verwaltung und privater Wirtschaft erleichtert; Beamtinnen und Beamte können sich zusätzlich qualifizieren.

Mit dem Ausbau familienfreundlicher Regelungen in Dienstrechtsneuordnungsgesetz und Bundeslaufbahnverordnung wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt. Betrieblich vereinbarte Funktionszeiten und der Einsatz moderner Arbeitsformen wie Telearbeit und mobiles Arbeiten führen zu mehr Flexibilität und fördern so die bereits vorhandenen positiven Effekte einer familienbewussten Personalpolitik. Eine familiengerechte Arbeitswelt ist für mich ein wichtiger Beitrag für die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes. Deshalb setze ich mich im Bundesministerium der Justiz z. B. seit langem für eine familienbewusste Personalpolitik ein. Auch künftig werde ich den Arbeitsbedingungen und den Arbeitszeiten in der Bundesverwaltung große Aufmerksamkeit widmen.

Angesichts der immer enger werdenden europäischen und internationalen Verflechtungen unserer Rechtsordnung müssen wir ferner daran arbeiten, die internationalen Kompetenzen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und zwar quer durch alle Laufbahnen – zu stärken und auszubauen; daran arbeiten wir gemeinsam mit den anderen Bundesressorts.

Ich werde außerdem auch weiterhin für die vollständige rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften im Bereich des Beamtenrechts eintreten, auch wenn in der vergangenen Legislaturperiode im Dienstrechtsneuordnungsgesetz in wichtigen Bereichen wie der Beihilfe und der Hinterbliebenenversorgung noch keine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften erreicht werden konnte. Diese zutiefst ungerechte Diskriminierung muss schnellstmöglich beseitigt werden.

Insgesamt werde ich mich dafür einsetzen, dass der öffentliche Dienst – bei Wahrung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums – den neuen vielfältigen Herausforderungen in Gesellschaft und Politik gewachsen ist. Auch wegen des demographischen Wandels muss der öffentliche Dienst ein attraktiver und im Wettbewerb starker Arbeitgeber bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

